

„Es geht mir um respektvollen Umgang“

Über Flüchtlingsnot, Verleumdung und Gerechtigkeit: WZO-Interview mit Bürgermeister Markus Hollemann

Denzlingen. Seit Wochen dominieren Bilder und Berichte der „Flüchtlingskrise“ die Medien, betroffene Städte und Kommunen bewältigen die Ströme ankommender Asylsuchender mit einer bemerkenswerten Mischung aus Solidarität und Improvisation, oft hart an der Grenze des Machbaren. In Denzlingen ist die Situation derzeit vergleichsweise undramatisch, trotzdem ist ein Blick in die Zukunft berechtigt: Wie bereitet sich die Gemeinde auf die mögliche Ankunft weiterer Flüchtlinge vor? Welche räumlichen Kapazitäten sind vorhanden? Wird wirklich genug getan?

Das und mehr wollte Sabine Willner, die seit Anfang des Jahres die „Von Haus zu Haus“-Redaktion betreut, am Freitag im WZO-Verlagshaus in Emmendingen von Bürgermeister Markus Hollemann wissen. Im Interview war außerdem zu erfahren, warum der Bürgermeister kürzlich gegen anonyme Flugblattschreiber Anzeige erstattet hat - und dass er derzeit intensiv die Möglichkeit einer Klage prüft: Gegen Aussagen, die Anfang des Jahres im Zusammenhang mit seiner Kandidatur für das Amt des Umweltreferenten in München durch die Medien gingen, will Hollemann gerichtlich vorgehen.

WZO: Wie viele Flüchtlinge leben aktuell in Denzlingen und wo sind sie jeweils untergebracht?

Markus Hollemann: Derzeit haben wir um die vierzig Flüchtlinge, die auf mehrere Standorte verteilt sind. Erst im Frühjahr haben wir in der Waldkircher Straße eine neue Einrichtung für bis zu 14 Personen eröffnet, die komplett belegt ist. In den nächsten Gemeinderatssitzungen wird es darum gehen, weitere Standorte zu finden.

WZO: Gegen die Unterbringung in der Waldkircher Straße hatte es im Vorfeld Bedenken und Ängste der Anwohner bezüglich Lärm und Privatsphäre gegeben. Wie sind jetzt die Rückmeldungen, nachdem die Flüchtlinge eingezogen sind?

Hollemann: Wir haben durchweg positive Erfahrungen gehabt und ich bin sehr dankbar für den großen ehrenamtlichen Einsatz und die Unterstützung aus der Bevölkerung. Hervorgehoben hat sich im Besonderen der Freundeskreis Asyl.

WZO: Um welche neuen Standorte für Flüchtlingsunterkünfte wird es in den nächsten Gemeinderatssitzungen konkret gehen?

Hollemann: Die Verwaltung hatte den Auftrag, zwei Standorte vertieft zu prüfen. Das ist einmal das Gebiet an der Berliner Straße / Ecke Elzstra-

ße und zum anderen am Äußeren Untergraben. Diese beiden Standorte und - der Notsituation geschuldet - weitere Standorte werden wir im Gemeinderat diskutieren. Gleichzeitig hat der Gemeinderat wie auch das Landratsamt Interesse daran, Wohnraum zu kaufen.

WZO: Ein Leser schreibt uns: „Ich finde die Haltung der Gemeinde Denzlingen, sich aus dem Thema rauszuhalten, solange andere Gemeinden die Flüchtlinge zugewiesen bekommen, äußerst fragwürdig. Auch in Denzlingen gibt es mit dem leerstehenden AWO-Gebäude in der Hindenburgstraße oder dem alten Feuerwehrgerätehaus in der Fröbelstraße durchaus Möglichkeiten, eine größere Anzahl an Flüchtlingen freiwillig aufzunehmen.“ Wird in Denzlingen genug getan?

Hollemann: Wir haben uns im Gemeinderat bereits sehr früh, schon vor zwei Jahren, mit dem Thema weiterer Einrichtungen und Standorte beschäftigt, sowohl für Flüchtlinge als auch für Obdachlose. Denn auch das Thema Obdachlose dürfen wir nicht vergessen, die ja ebenso am Rande der Gesellschaft stehen und unsere Solidarität brauchen. So haben wir, als die Not und der Druck noch nicht so hoch waren, Standortentscheidungen getroffen und bereits eine neue Unterkunft gebaut. Im Landkreis war außer Herbolzheim niemand so früh dran wie wir. Generell sind hier alle gefordert und ich halte mich an die Kanzlerin, die gesagt hat, dass wir das gemeinsam schaffen.

WZO: Angenommen, Denzlingen müsste von heute auf morgen 100 Flüchtlinge aufnehmen: Wo könnten die Neuankommlinge hin? Gäbe es im Notfall noch Kapazitäten in leerstehenden, gemeindeeigenen Gebäuden?

Hollemann: Es ist naheliegend, dass der Landkreis Emmendingen zunächst landkreiseigene Lösungen sucht, wie jetzt in Waldkirch. Genauso wie der Kreis Breisgau-Hochschwarzwald die Turnhalle in Gundelfingen zunächst auf dem Plan hatte, weil dort auch der Landkreis beteiligt ist. Die Gemeinde Denzlingen hat keinen Leerstand in eigenen Gebäuden, bei uns sind alle Plätze besetzt. Das vorhin genannte ehemalige Feuerwehrhaus ist in privater Hand und bei der AWO ist alles komplett vermietet.

WZO: Immer wieder wird auch der „Grüne Baum“ als vernachlässigte Option ins Spiel gebracht.

Hollemann: Der „Grüne Baum“ ist ebenfalls ein Privatgebäude, welches das Landratsamt vor zwei Jah-

ren intensiv für eine mögliche Nutzung geprüft hat. Das Landratsamt war im direkten Kontakt mit dem Eigentümer und hat damals die Entscheidung getroffen, das nicht weiter zu verfolgen. Trotzdem habe ich im August in einem Schreiben an Herrn Landrat Hurth noch einmal darum gebeten, dass erneute Gespräche mit



Beim Spätsommerinterview im Verlagshaus an der Elz: Der Denzlinger Bürgermeister Markus Hollemann und VZH-Redaktionsleiterin Sabine Willner.

Foto: Detlef Berger

dem Eigentümer geführt werden. Der Landrat hat mir daraufhin telefonisch zugesagt, dieser Bitte nachzukommen.

WZO: Wie aussichtsreich ist das Ihrer Meinung nach?

Hollemann: Nun, ich war vor zwei, drei Jahren in diesem Gebäude, also noch bevor die Gespräche mit dem Landratsamt stattfanden, auch andere Gemeinderäte haben es besichtigt. Wir können berichten, dass das Gebäude von außen vernünftig aussieht. Jedoch sind innen weder Heizung noch Leitungssysteme vorhanden. Es läuft auf eine Komplettsanierung hinaus. Ich will dem Landratsamt die Entscheidung nicht vorenthalten, es ist nur eine persönliche Einschätzung - aber ich könnte mir vorstellen, dass der Landkreis das so nicht weiterverfolgen wird.

WZO: Viele Denzlinger sind generell der Ansicht, dass es die pure Verschwendung ist, dieses zentral gelegene Gebäude seit Jahren so verkommen zu lassen. Wie ist es in dieser Frage um den Kontakt der Gemeinde mit dem Eigentümer bestellt?

Hollemann: Es gab und gibt immer wieder Kontakt, aber es besteht von Eigentümerseite derzeit kein Interesse tätig zu werden. Solange keine Dachziegel herunterfallen und jemanden gefährden, ist das auch sein Recht. Aber mir ist es wichtig, in

diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinzuweisen, dass wir ein größeres Wohnungsproblem haben, nicht nur die Asylsuchenden betreffend, sondern dass wir auch für die Obdachlosen mehr tun müssen, deren Zahl bundesweit massiv steigt. Ebenso brauchen wir mehr Wohnraum für Sozialschwache.

Auch hier sollte nachgebessert werden.

WZO: Das Flüchtlingsthema steht momentan nunmal stärker im Fokus.

Hollemann: Absolut! Es geht mir nur darum, dass wir die Obdachlosen und die Sozialschwachen nicht vergessen, weil das Flüchtlingsthema derzeit alles andere überlagert. Es ist wichtig, dass wir für alle Gruppen am Rande der Gesellschaft mehr tun.

WZO: Noch einmal zur Bebauung der vorgeschlagenen neuen Standorte für Flüchtlingsunterkünfte: Werden das Container sein oder eher ein Gebäude wie in der Waldkircher Straße?

Hollemann: Der Denzlinger Gemeinderat ist von Wohnmodul-Lösungen abgerückt. Wir haben in der Waldkircher Straße ein feststehendes Gebäude geschaffen und ich gehe davon aus, dass wir - auch im Sinne der Nachhaltigkeit - feststehende Gebäude bauen werden. Das letzte Wort hat natürlich der Gemeinderat.

WZO: Sie haben kürzlich Anzeige erstattet aufgrund in Denzlingen kursierender anonymen Flugblätter, die sich gegen Sie bzw. Ihre Wiederwahl richten. Was lässt sich - ohne die Ermittlungen zu gefährden - zu der Sache sagen?

Hollemann: Aufgrund der verschiedenen Handschriften ist nahe liegend, dass mehrere Personen dahinterstehen. Ich finde es schade, dass sie sich mit den Fragen, die sie haben, nicht zum offenen Dialog melden. Dazu sind sie herzlich eingeladen.

WZO: Angenommen, die Flugblatt-Verfasser lesen dieses Interview. Was würden Sie ihnen gerne sagen?

Hollemann: Kommen Sie vorbei, suchen Sie das Gespräch mit mir! Meinungsverschiedenheiten müssen wir in der Gesellschaft aushalten können. Entscheidungen für die Gemeinde werden in einem demokratischen Prozess getroffen, da spielen sowohl der Bürgermeister und die Verwaltung als auch der Gemeinderat eine Rolle.

WZO: Die Flugblätter sind seit Mai im Umlauf, im August haben Sie Anzeige erstattet. Wann war der Punkt erreicht, an dem Sie das nicht mehr hinnehmen wollten?

Hollemann: Das war spätestens, nachdem auch Gewerbetreibende - Ladeninhaber - sich gemeldet haben, die erschüttert darüber waren, dass diese Flugblätter bei ihnen ausgelegt und an die Tür gehängt wurden. Es ging ja über einen längeren Zeitraum. Da bringt mir zum Beispiel morgens um halb neun jemand ein Flugblatt und sagt: Herr Hollemann, ich habe das am Friedhof gesehen. Drei Wochen später kommt der Nächste in die Bürgersprechstunde und sagt: Das Flugblatt habe ich am Geldautomaten gefunden. Anfang August habe ich dann mit der Polizei gesprochen. Die rieten mir, jetzt doch langsam Anzeige zu erstatten, schließlich haben sich die Vorfälle gehäuft. Es ist zu befürchten, dass sich diese Gruppe neue kriminelle Handlungen einfallen lässt. Ich mache mir große Sorgen um den Respekt, um das Miteinander in der Gesellschaft. Da ist einfach eine Grenze, wo es auch um den Schutz allgemeiner Persönlichkeitsrechte geht.

WZO: Schon Anfang des Jahres mussten Sie einiges einstecken: Ihre Kandidatur für das Amt des Umweltreferenten in München hat bundesweit für Schlagzeilen gesorgt, einige Akteure und Medien sind nicht gerade zimperlich mit Ihnen umgegangen. Wie sehen Sie die Ereignisse heute, mit einigen Monaten Abstand?

Hollemann: Die mediale Berichterstattung damals folgte den Mechanismen der sogenannten Skandalisierung und beruhte auf unwahren Behauptungen. In den Medien sind

Dinge verbreitet worden, die nicht stimmen. Wir leben in einem Rechtsstaat, deshalb prüfe ich die Möglichkeit einer Klage wegen der ehrverletzenden und herabwürdigenden Aussagen.

WZO: Sie meinen damit wahrscheinlich Aussagen, Sie seien ein „rechtsradikaler Christ“ oder „Fundamentalist“?

Hollemann: Nichts davon ist wahr, jeder, der mich kennt, weiß das.

WZO: Vorgeworfen wurde Ihnen unter anderem Ihre Mitgliedschaft im Verein „Aktion Lebensrecht für Alle“. Ihre erste Reaktion darauf war, dass Sie die Verbindung zu dem Verein in der Öffentlichkeit zunächst einmal abgeschwächt, relativiert haben. Wie stehen Sie heute dazu?

Hollemann: Das war dem Druck von außen geschuldet. In einer solchen extremen Drucksituation macht man manchmal Dinge, über die man noch nicht konkret nachdenken konnte. Ich habe mich mit meiner Mitgliedschaft bei ALfA intensiver auseinandergesetzt und bin zu Recht bei diesem seit 1977 als gemeinnützigen anerkannten Verein, der sich um Schwangere in Not kümmert, Mitglied geblieben. Ich bin der Meinung, wir müssen uns immer um Menschen in großer Not kümmern.

WZO: Mittlerweile ist etwas Gras über die Sache gewachsen - haben Sie keine Angst, dass eine Klage die Sache wieder negativ ins Rampenlicht befördert und eine Menge Staub aufwirbelt?

Hollemann: Mir geht es um Meinungsfreiheit, Gerechtigkeit und den respektvollen Umgang miteinander. Ich kann nur wiederholen: In den Medien wurden Dinge kolportiert, die nicht wahr sind. Es gab verleumderische, herabwürdigende, ehrverletzende Äußerungen. Deswegen prüfe ich rechtliche Schritte. Diese stehen in einem Rechtsstaat jedermann offen, auch politisch Tätigen.

WZO: Wie haben sich diese Ereignisse auf das Vertrauensverhältnis, die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat ausgewirkt? Die Reaktionen kurz danach waren ja teilweise sehr emotional.

Hollemann: Die Stimmung im Gemeinderat war und ist von der sachlichen und engagierten Arbeit für Denzlingen geprägt und aus meiner Sicht von Wertschätzung und vertrauensvoller Zusammenarbeit - auch bei inhaltlichen Differenzen. Früher wie jetzt gab und gibt es viele informelle Telefonate und Gespräche. Ich meine, dass wir bei manchen Dingen sogar noch mehr zusammengerückt sind.

Schloss Bellevue war in viele Farben getaucht

Heimtdichter Klaus-Dieter Nussbaum war zu Gast beim Bürgerfest des Bundespräsidenten in Berlin

Denzlingen/Berlin. Wie jedes Jahr hatten der Bundespräsident Joachim Gauck und Daniela Schadt wieder Tausende von Mitbürgern ins Schloss Bellevue nach Berlin eingeladen. Gekommen waren rund 6000 im Ehrenamt tätige Bürger aus der ganzen Bundesrepublik, die aus diesem Anlass eine persönliche Einladung erhalten hatten. Auch der Heimtdichter Klaus-Dieter Nussbaum aus Denzlingen war unter den Gästen. Er berichtet:

„Nach einer sehr strengen Kontrolle an drei Punkten zum Schlosseingang Bellevue, dem Berliner Amtssitz des Bundespräsidenten, versammelten sich die Geladenen vor dem Schloss. Vertreten waren Bürger aus Hilfsorganisationen, Bundeswehr, Polizei, Feuerwehren, THW, Organisationen der Flüchtlingshilfe, Trachtenverbände, Kirchen, dem Sport und der Kunst, der Kultur sowie vieler kleiner privaten Initiativen. Auch die drei Bürgermeister aus den französischen Alpen, die sich bei der Rettung



Klaus-Dieter Nussbaum vor dem Schloss Bellevue in Berlin.

der Verunglückten aus der Germanwings-Maschine besonders hervorgetan haben, waren neben einem Besuch im Kanzleramt beim Bürgerfest zu Gast. Fernsehen und Rundfunk hatten eine Open-Air-Bühne aufgebaut. Israel war das Verbindungs-

land an diesem Tag und so waren auch neben Vertretern der Politik unter anderem Bundeskanzlerin Angela Merkel, der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke, die Präsidentin des Deutschen Städtetages Eva Lohse, Politiker der Bundes-

tagsfraktionen und der israelische Außenminister gekommen.

Nach einem Begrüßungsglas Sekts dankte der Bundespräsident zusammen mit Daniela Schadt den zahlreich erschienenen Gästen für ihr Kommen und für das millionenfache

persönliche Engagement der Bürger in unserem Land. Nicht nur in Zeiten der deutschlandweiten Flüchtlingshilfe seien die Angebote der ehrenamtlichen Helfer besonders zu würdigen. Für einzelne Themenbereiche seien viele Institutionen vor Ort und man könne sich so umfangreich über erfolgreiche Projekte informieren. Der Bundespräsident sprach von einem Fest für die Bürger. Man könne aufgrund der Vielfältigkeit der Hilfen im Land nur „Danke“ sagen. Nach Joachim Gaucks Rede konnten sich die Besucher an vielen Infoständen über mögliche Leistungen der Organisationen informieren und austauschen.

Ein buntes Programm auf der Bühne mit The Young Classx, Alexa Feser, Nena, Fortunate Fools und der Big Band der Bundeswehr begeisterte neben den kulinarischen Genüssen an den vielen Ständen. Schloss Bellevue war an diesem Abend in viele Farben getaucht. Nach dem offiziellen Abschiedsgruß des Bundespräsidenten flammte am Himmel ein



Bundespräsident Joachim Gauck und seine Partnerin Daniela Schadt begrüßen die Gäste beim Bürgerfest.

Fotos: privat

gigantisches Feuerwerk auf. Gegen Mitternacht war diese Veranstaltung vorbei, wo am Folgetag noch der „Tag der offenen Tür“ im Schloss Bellevue für alle Bürger gefeiert werden konnte. An beiden Tagen zusammen zählte man über 20.000 Besucher.“